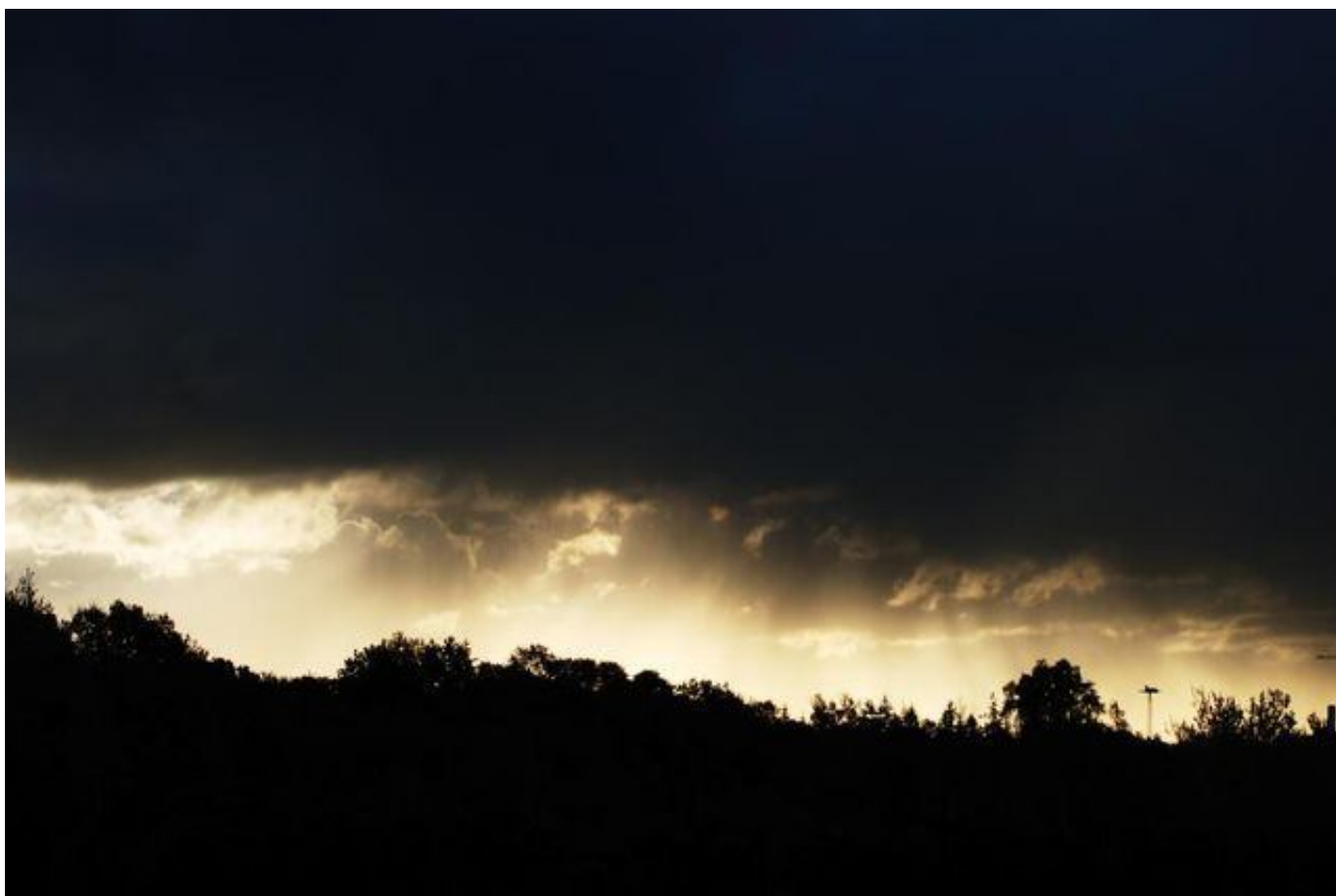


Wie die Wetterfrösche um ihr Revier kämpfen

Von Peter Meier. Aktualisiert am 20.03.2012

Der staatliche Wetterdienst Meteo Schweiz soll sich ab 2014 im freien Markt behaupten. Die privaten Wetterfrösche wehren sich vehement: Sie reklamieren ungleich lange Spiesse und fürchten um ihre Existenz.

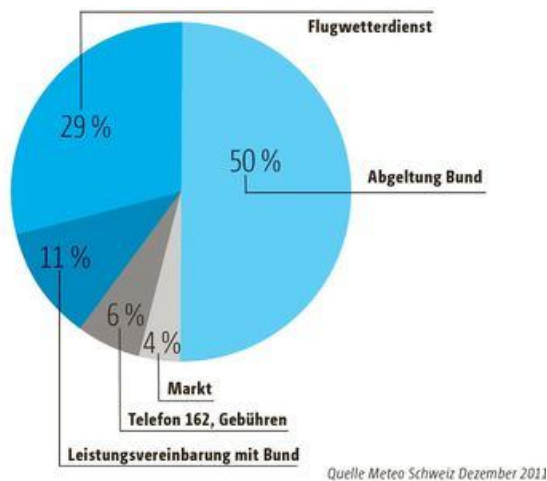


Weit mehr als nur ein Stimmungstief: In der Wetterbranche hat sich über der Revision des Meteogesetzes eine dunkle Wolkendecke zusammengebraut – alle Zeichen stehen auf Sturm.

Bild: Colourbox

In der Wetterbranche stehen derzeit alle Zeichen auf Sturm. Auslöser der Turbulenzen sind die soeben verabschiedeten Pläne des Bundesrates für das Bundesamt für Meteorologie und Klimatologie (Meteo Schweiz): Dieses soll in ein selbstständiges öffentlich-rechtliches Institut umgewandelt werden und sich ab 2014 im freien Markt behaupten.

Das liess bereits in der Vernehmlassung dunkle Wolken aufziehen. Doch die Wetterbeamten ignorierten die Vorläufer der Gewitterfront geflissentlich. Stattdessen prognostizierten sie für die Vorlage in eigener Sache eitel Sonnenschein: Sie stosse auf breite Zustimmung, so das Wetteramt. Die mitunter massive Kritik von Parteien, Gewerkschaften und Privatanbietern an zentralen



So verdient Meteo Schweiz heute 70 Millionen.

Privater Kleinkrieg

Am Kampf gegen das neue Meteogesetz beteiligen sich nicht alle Schweizer Wetterfrösche. So fehlt in den Reihen der Gegner etwa Thomas Bucheli. Da dessen gebührenfinanziertes SF Meteo selbst halbstaatlich und daher kaum betroffen sei, habe man ihn gar nicht erst angefragt, sagt Stefan Kunz, Präsident des Branchenverbands Schweizer Meteo-Anbieter (SMA). Mit Meteomedia-Chef Jörg Kachelmann ist allerdings auch der wohl bekannteste private Wetterfrosch nicht mit von der Partie.

Das sorgt bei den Branchenkollegen für böses Blut: Denn zunächst sei Kachelmann mit im Boot gewesen, sagt Peter Wick, Eigentümer von Meteonews. Doch am Vorabend der Verbandsgründung sei er urplötzlich abgesprungen. Zur Causa Meteo Schweiz hat sich der sonst redselige Kachelmann seither nicht vernehmen lassen – obwohl er zuvor jahrelang als heftigster Kritiker galt und kein gutes Haar am Staatswetterdienst liess.

Für Wick gibt es daher nur eine Erklärung: «Meteo Schweiz verhandelt derzeit mit Kachelmann über den Kauf seiner Meteomedia-Messdaten.» Das bestätigt der Direktor von Meteo Schweiz. Zur Größenordnung nimmt Christian Plüss indes keine Stellung. «Es geht um jährlich 100'000 bis 200'000 Franken», weiss Wick.

Punkten spielt es in seiner Botschaft zur Revision des Meteorologiestesetzes herunter – oder schlägt sie ganz in den Wind.

Die Marktorientierung will Meteo Schweiz forcieren, weil das neue Gesetz verlangt, dass die Wetterbehörde ihren Service public verbessert und den volkswirtschaftlichen Nutzen erhöht. Konkret heisst das: Meteo Schweiz muss ab 2014 seine Basisdienstleistungen für die Allgemeinheit kostenlos erbringen. Bislang kassierte das Amt dafür doppelt ab – über Steuergelder und zusätzliche Gebühren. Der Wegfall dieser Einnahmen sowie Budgetkürzungen reissen künftig ein Loch von 4 bis 5 Millionen Franken jährlich in seine Kasse. Der geplante Abbau von 20 Stellen über natürliche Fluktuationen hilft da wenig. Damit die Rechnung aufgeht, sollen die staatlichen Wetterfrösche daher raus in die freie Wildbahn – mit massgeschneiderten Prognosen, Analysen, Warnungen oder Gutachten auf Kundenfang etwa bei Versicherungen, Energie- oder Transportbetrieben.

Fette Staatskröte

Das versetzt die Branche in helle Aufregung. Denn bereits heute gibt es harte Revierkämpfe im kleinen kommerziellen Teich. Zahlreiche Unternehmen wie etwa Meteonews oder Meteotest, das auch diese Zeitung mit Wetterprognosen beliefert, setzen in der Schweiz insgesamt rund 20 Millionen Franken um. Mehr gebe der heimische Markt nicht her, weiss Meteotest-Geschäftsführer Stefan Kunz: «Er ist schon jetzt zu klein für die vielen Anbieter.»

Ab 2014 droht daher ein ruinöser Verdrängungskampf – zumal der Absatz im bislang wichtigen Medienmarkt schrumpft. Entsprechend gross sind nun die Existenzängste: «Es wird zu Konkursen und Massenentlassungen kommen», fürchtet Meteonews-Eigentümer Peter Wick. Kein Wunder: Meteo Schweiz ist mit rund 350 Mitarbeitern mehr als doppelt so gross wie alle gewerblichen Anbieter zusammen und generiert mit 70 Millionen Franken den dreifachen Umsatz – eine fette Staatskröte im Vergleich zu den privaten

«Mit diesem Geld hat man Kachelmann mundtot gemacht.» Das sieht auch Kunz so: «Das hat den Geruch von Schweigegeld.»

Für Kachelmann sind das «obskure Verschwörungstheorien». Auf seine laufenden Verhandlungen mit Meteo Schweiz geht der Wetterpromi nicht ein. Stattdessen weist er alle Vorwürfe zurück: «Wer Meteomedia und mich kennt, weiss immer, dass unsere Meinung durch kein Geld der Welt beeinflusst werden kann.» Beim SMA mache er nicht mit, so Kachelmann, weil er dessen Zielsetzung nicht verstanden habe. Zudem seien Leute, die solch «seltsame Räubergeschichten» erzählten, «weniger seriöse Partner, die man lieber nicht im selben Verein haben möchte».

Stichworte

Jörg Kachelmann

wachse «die Gefahr, dass Meteo Schweiz mit Dumpingpreisen der Konkurrenz das Wasser abgräbt». Umso mehr, als sich das Wetteramt schon heute fit mache für den Markteintritt – «auf Kosten des Steuerzahlers». Der SMA fordert laut Präsident Kunz ein duales System: Meteo Schweiz solle sich auf Datenerhebung, Grundversorgung und Forschung beschränken und den Markt den Privatanbietern überlassen. Es gebe eh keinen vernünftigen Grund für Meteo Schweiz, im Markt aktiv zu sein, unterstreicht Wick.

Schützenhilfe leistet der Berner Wirtschaftsrechtler Eugen Marbach. Werde der Bund allein aus finanziellen Gründen auf dem freien Markt tätig, so sein Fazit in einem Gutachten, verletze er damit die Wirtschaftsfreiheit. Die Ausweitung der gewerblichen Aktivitäten von Meteo Schweiz sei demnach verfassungswidrig.

Das Wetteramt ist derweil bestrebt, die Wogen zu glätten. Es hat denn auch grösstes Eigeninteresse, das neue Gesetz durchzuboxen. Denn ansonsten droht ihm ein weiterer Abbau.

Meteo Schweiz beschwichtigt

Zentral sei bei der Reform die Optimierung von Effizienz, Service public und Kundenorientierung, beschwichtigt Direktor Christian Plüss. Der privatwirtschaftliche Bereich spiele dagegen «eine nachgeordnete Rolle». Er korrigiert sogar Aussagen der eigenen Behörde im erläuternden Bericht zur Vorlage. Dort ist noch vom «Marktversagen durch die Privatunternehmen» die Rede. Damit begründet Meteo Schweiz auch die eigenen gewerblichen Aktivitäten – und lud die Privaten zur

Wetterfröschen.

Querfinanziertes Angebot

Deren Befürchtungen kommen nicht von ungefähr. Bereits 1999 konstatierte etwa die Wettbewerbskommission (Weko), dass Meteo Schweiz eine marktbeherrschende Stellung habe. Zudem verwies die Weko auf die Problematik, dass das Amt gleichzeitig staatlich finanzierte Grunddienste und kommerzielle Leistungen erbringe. Diese wettbewerbsverzerrende Quersubventionierung rügte 2008 auch die Eidgenössische Finanzkontrolle.

«Gefährliche Mogelpackung»

Doch ausgerechnet dieser Hauptmangel werde mit der Reform nicht beseitigt, klagen die im Verband der Schweizer Meteo-Anbieter (SMA) organisierten Privaten. Im Gegenteil: Intransparenz und ungleich lange Spiesse würden damit zementiert: «Die Revision ist eine gefährliche Mogelpackung», sagt daher Wick. Damit

Vernehmlassung zunächst gar nicht erst ein. Heute räumt Plüss ein: «In vielen Bereichen existiert ein gut funktionierender Privatmarkt.»

Das wars dann aber auch mit den Zugeständnissen. Die Kritik am Vorgehen und den Vorwurf der Verfassungswidrigkeit weist Plüss ebenso zurück wie die Quersubventionierung. Mit dem neuen Meteogesetz werde «die Transparenz deutlich erhöht, insbesondere bei der Finanzierung», betont er. Rückendeckung bekommt Plüss vom Bundesrat, der in seiner Antwort auf eine kritische Interpellation des Basler FDP-Nationalrats Peter Malama das Vorgehen von Meteo Schweiz wie dessen Revisionsvorlage verteidigte.

Doch der Vorstoss zeigt, dass sich auch im Parlament Opposition formiert – namentlich in den Reihen von FDP und SVP, aber auch bei SP und Grünen.

Heiss diskutiert werden dürfte im Bundesparlament indes neben dem geplanten Markteintritt auch die Frage, was die Datenliberalisierung ab 2014 konkret umfasst.

Denn Plüss kündigt an: Neben sämtlichen Mess- und Radardaten sowie Modellvorhersagen stehen dann auch «grafisch aufbereitete Daten im Internet kostenlos zur Verfügung». Das ist für Wetterkunden zwar erfreulich. Den Sturm in der Branche dürfte es aber eher verstärken. Denn bei den Privaten gilt das Internet als Wachstumsmarkt. (Berner Zeitung)

Erstellt: 20.03.2012, 09:17 Uhr